

In jeder Gesellschaft existieren Vorstellungen über das, was sie prägt und zusammenhält, gründet sich das Zusammengehörigkeitsgefühl auf verschiedene Faktoren wie gemeinsame Geschichte, Sprache, Kultur, Leistungen et cetera. Nur wenn es einen mehrheitlichen Fundus an Gemeinsamkeiten in diesen verschiedenen Dimensionen gibt, kann die Gesellschaft eine krisenfeste Stabilität entwickeln. Leben Gruppen verschiedener ethnischer Herkunft, mit unterschiedlicher Kultur und Geschichte gemeinsam in einem Staat, ist es für die Bevölkerung schwierig, ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu entwickeln, das den inneren kulturellen Kitt einer Gesellschaft darstellt.

Geschichtsbildern kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, prägt doch die Interpretation der Vergangenheit auch das Verhalten in der Gegenwart und den Blick auf die Zukunft. Geschichtsbilder entstehen als Essenz des eigenen Lebens, übermittelter Erfahrungen und tradierter Überlieferungen sowie durch die volkspädagogische und mediale Aufbereitung der Vergangenheit. Sie sind in modernen Gesellschaften nicht statisch, zumeist gruppenbezogen und oft umstritten. Vor allem nach gesellschaftlichen Umbrüchen und bedeutenden Ereignissen kreisen geschichtspolitische Debatten um das für jeweils richtig befundene Geschichtsbild. Je dichter der zeitliche Abstand ist und je mehr Zeitzeugen noch leben und aktiv an den Debatten teilhaben, umso heftiger, ja erregter verlaufen diese Diskussionen. Wir erleben dies derzeit beim Rückblick

auf den linken Terrorismus und die APO in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre und seit dem Fall der Mauer bei der Charakterisierung und Einordnung der DDR.

Gute alte Zeit

Alle Umfragen zu Geschichtsbildern und bedeutenden historischen Ereignissen zeigen, dass Ost- und Westdeutschland eine zum Teil deutlich verschiedene Sicht auf die Vergangenheit haben. Trotz oder vielleicht gerade wegen des verordneten Antifaschismus in der DDR halten zum Beispiel erheblich weniger Ost- als Westdeutsche die nationalsozialistische Zeit und auch die von Deutschen verübten Verbrechen für etwas Besonderes. Sie stellen dagegen die von Deutschland entfachten Kriege, vor allem den Zweiten Weltkrieg und die deutsche Teilung, in den Vordergrund ihres Geschichtsbildes. Westdeutsche messen dem dagegen weniger Bedeutung bei.

Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Lebenserfahrungen und Sozialisationen erfahren die Charakterisierung der DDR und ihre Einordnung in die deutsche Geschichte im Urteil der Deutschen die größte Bewertungsdifferenz. Während die DDR für Ostdeutsche, unabhängig davon, wie sie zur SED und deren Staat standen, Teil der eigenen Lebensbiografie und Heimat war, betrachten die meisten Westdeutschen die DDR weiterhin vor allem als Negativfolie. Nur für kurze Zeit nach dem Fall der Mauer war sich eine breite Mehrheit der Deutschen

über die unerträglichen Verhältnisse in der DDR einig. Doch schon wenige Jahre nach der Wiedervereinigung korrigierten viele Ostdeutsche ihre Haltung, hielten nun die Verhältnisse rückblickend für eigentlich ganz erträglich und stimmten mehrheitlich dem Statement zu, dass die Zeit in der DDR eine schöne war, weil alle gleich waren und Arbeit hatten. Seit etwa Mitte der Neunzigerjahre, das heißt mit dem Auslaufen des schnellen materiellen Angleichungsprozesses, setzte also bei vielen Ostdeutschen eine nostalgische Betrachtung der Vergangenheit ein. Eine Mehrheit verband mit der DDR nun das Gefühl, einer großen, positiven Gemeinschaft angehört zu haben, nur noch eine Minderheit betrachtete den Sturz des SED-Regimes als eine wirkliche Befreiung und fühlte sich – auch im Nachhinein betrachtet – in der DDR unfrei und gefangen. Anfang der 1990er-Jahre vertrat dagegen noch eine absolute Mehrheit diese Auffassung.

Unterschiedliche Sichtweisen

Das sich seither verfestigende positive DDR-Bild vieler Ostdeutscher nimmt Bezug auf die hohe soziale Sicherheit, die Kinderfreundlichkeit, den Zusammenhalt der Arbeitskollektive und relativiert gleichzeitig die Dimension von Überwachung, Gängelei und Gleichmacherei. Selbst unter die Stasi-Vergangenheit wollten viele Ostdeutsche schon bald einen Schlussstrich ziehen, befürchteten sie doch, dass die öffentliche Diskussion um Stasi-Spitzeleien und Repression gegenüber Andersdenkenden ihrem heutigen Ansehen schaden könnte. Die öffentliche Diskussion um den Diktaturcharakter der DDR spiegelt nach Meinung etwa jedes zweiten Ostdeutschen die Wirklichkeit der DDR nicht angemessen wider und deckt sich auch nicht mit der eigenen Erinnerungswelt. Mehr als jeder Vierte empfindet den Umgang mit der DDR-Geschichte sogar als verletzend, jeder

Zweite als teilweise verletzend. Mit nachhaltigem Trotz befand eine wachsende Mehrheit schließlich, die DDR habe mehr positive als negative Seiten gehabt. Eine breite Mehrheit der Westdeutschen bewertet die DDR dagegen weiterhin als Diktatur und übersieht nicht ihre negativen Seiten. Nur unter die Stasi-Problematik will eine Mehrheit von ihnen ebenfalls einen Schlussstrich ziehen, nicht zuletzt mit Blick auf den eigenen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit.

Ein gemeinsames Land

Das herkunftsspezifisch andere DDR-Bild bei großen Teilen der Bevölkerung lässt sich bei älteren Personen mit dem Hinweis auf ihre unterschiedlichen bis gegensätzlichen Lebenserfahrungen erklären. Für jüngere Generationen gilt dies weniger, sind sie doch in einem gemeinsamen Land aufgewachsen. In einer breiten, vergleichend angelegten Schülerbefragung wollte der Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin herausfinden, ob bei Schülern der neunten bis elften Klassen in etwa ein gemeinsames Bild der DDR existiert oder ob sich die gespaltenen Sichtweisen älterer Generationen herkunftsspezifisch fortsetzen. Über 5000 Schüler füllten in vier Bundesländern einen umfangreichen Fragebogen aus. Zusätzlich wurden mit ausgewählten Schülern Gespräche geführt. Die Auswertung der Berliner Befragung, an der knapp 2400 Schüler in etwa gleichem Verhältnis aus Ost- und West-Berlin teilnahmen, liegt nun vor und brachte überraschende Ergebnisse.

Die Schüler aus dem Ost- und dem Westteil der Stadt haben, glaubt man ihren Angaben, zumindest drei Dinge gemeinsam: Sie unterscheiden sich nicht in der politischen Selbsteinstufung, wissen wenig über die DDR und beklagen, in der Schule werde dieses Thema kaum oder überhaupt nicht behandelt. Nicht einmal

jeder fünfte Schüler gibt an, viel über die DDR zu wissen, erstaunlicherweise gleichermaßen in Ost und West. Aber immerhin knapp sechzig Prozent wünschen, mehr über die DDR auch in der Schule zu erfahren. Die von uns befragten Schüler ordnen sich etwa zur Hälfte politisch der Mitte zu, gut vierzig Prozent fühlen sich dem linken und nur gut acht Prozent dem rechten Spektrum mehr oder weniger zugehörig. Allerdings können nicht alle Schüler zwischen „links“ und „rechts“ im tradierten Sinne differenzieren. In den Parteipräferenzen treten die Ost-West-Unterschiede stark hervor, insbesondere bei den Bündnis-Grünen und der PDS. Im Osten fällt das Ergebnis für die Grünen, die im Westen auf über zwanzig Prozent käme, deutlich niedriger aus, für die PDS im Westen sogar katastrophal. Sie würde unter der Fünf-Prozent-Hürde bleiben gegenüber achtzehn Prozent im Osten.

Besser oder schlechter

Im ersten inhaltlichen Teil des Fragebogens wurden die Schüler gefragt, was sie in welchem deutschen Teilstaat besser fanden. Die Palette des geforderten Vergleichs erstreckte sich von Urteilen über das politische und gesellschaftliche System bis hin zu Alltagsdingen. Im Ergebnis stehen geradezu eklatante Ost-West-Unterschiede. Die häufigsten positiven und negativen Eigenschaften, die den beiden Gesellschaftssystemen zugesprochen werden, beziehen sich auf eher unpolitische Aspekte. Bei der Betrachtung der DDR werden die Mietpreise, die Ausbildungsplätze sowie die Kindergarten- und Schulbetreuung besonders positiv gewertet, der Bundesrepublik werden die Reise- und Einkaufsmöglichkeiten, das gute Leben sowie – als einzige politische Dimension – die Pressefreiheit zugute gehalten. Auf der Negativseite der Bundesrepublik stehen der mangelhafte Familienzusammenhalt, die Mietpreise und die fehlende Hilfsbereitschaft. Der DDR

werden unzureichende Reise- und Einkaufsmöglichkeiten sowie die nicht vorhandene Pressefreiheit angekreidet.

Bei den eher den Alltag der Menschen betreffenden Fragen, die die meisten Schüler wahrscheinlich vor ihrem eigenen familiären Hintergrund beantwortet haben, schneidet die verblichene DDR in Ost-Berlin sehr gut und im Westteil zumindest besser als die Bundesrepublik ab. Allerdings gründen die Urteile zum Teil auf unterschiedlichen Annahmen. West-Berliner Schüler halten den Zusammenhalt in der Familie und die Hilfsbereitschaft in der DDR für besser beziehungsweise ausgeprägter, weil sie vermuten, die Menschen hätten sich notgedrungen gegenseitig mehr helfen müssen als in der Bundesrepublik. Ihre Ost-Berliner Schülerkollegen dagegen weisen oft auf bessere Rahmenbedingungen und einen insgesamt sozialeren Umgang der Menschen untereinander hin. Der unterschiedliche Blick und die divergierende Begründung werden auch bei dem Thema „Kinderbetreuung“ deutlich. Ost-Berliner Schüler fällen ihr Urteil angesichts des flächendeckend vorhandenen Angebots an Kinderbetreuungsplätzen und halten mit absoluter Mehrheit die Verhältnisse in der DDR für besser, West-Berliner Schüler beziehen die Qualität und die individuelle Entscheidungsfreiheit mit ein und favorisieren mit relativer Mehrheit die bundesrepublikanischen Verhältnisse. Das gleiche Ergebnis sehen wir bei den Freizeitangeboten für Jugendliche, deren Gestaltung in der DDR im Westteil mehrheitlich abgelehnt, im Ostteil mehrheitlich im Nachhinein befürwortet wird. Selbst dort, wo sich eine jeweilige Mehrheit in der Bewertung einigt, differieren die Anteile beträchtlich. So erhält zum Beispiel das bundesrepublikanische politische System von einer Mehrheit in beiden Stadtteilen bessere Noten, im Westen aber von etwa einundachtzig Prozent, im Osten dagegen nur von drei-

undfünfzig Prozent. Eine nahezu spiegelverkehrte Sicht haben die Schüler in der Einschätzung der sozialen Gerechtigkeit, die eine Mehrheit der Ost-Berliner in der DDR besser verwirklicht sah, eine sehr große Mehrheit der West-Berliner Schüler aber in der Bundesrepublik.

Doppelt gespalten

In der vergleichenden Bewertung von Staat und Gesellschaft zeigt sich bei den befragten Schülern ein doppelt gespaltenes Bild der beiden deutschen Staaten. West-Berliner favorisieren auf nahezu allen Feldern die alte Bundesrepublik, Ost-Berliner sehen mehrheitlich die DDR im Vorteil, trennen jedoch zwischen eher allgemeinen politischen Dimensionen, wo auch sie mehrheitlich, allerdings mit deutlich geringeren Anteilen, die Bundesrepublik präferieren, und eher sozialpolitischen und alltäglichen, wo sie der DDR den Vorzug geben.

Viele Ostdeutsche beurteilen bei Umfragen oder im persönlichen Gespräch die beiden deutschen Staaten als gleichrangig, indem sie dem einen Staat diese, dem anderen jene Vorzüge und Nachteile zuordnen. Den Gegensatz von Demokratie und Diktatur ebenso wie den von Freiheit und Unfreiheit heben sie – gleichsam dialektisch – in der Behauptung auf, die beiden Staaten seien zwar anders gewesen, aber keiner könne in der Gesamtschau als besser oder schlechter beurteilt werden. Diese Äquidistanz gegenüber der DDR und der Bundesrepublik teilt im engeren Sinne nur eine kleine Minderheit von etwa jedem zwanzigsten Schüler, in einem weiteren Sinne aber gut jeder dritte. Hierzu gehören überdurchschnittlich viele Ost-Berliner und Gesamtschüler. In beiden Gruppen liegt die Ablehnung einer gleichwertigen Einordnung von DDR und Bundesrepublik knapp unter fünfzig Prozent. In West-Berlin lehnen dagegen knapp drei Viertel eine Gleichsetzung der beiden Systeme ab und votie-

ren damit implizit für die Bundesrepublik. Die starke Minderheit der „Neutralen“ möchte mit ihrer Haltung anscheinend ausdrücken, dass sie zwar Unterschiede zwischen den beiden Systemen sieht und der DDR etwas kritischer als der Bundesrepublik gegenüber eingestellt ist, aber dennoch ein eindeutiges Votum für die Bundesrepublik oder die DDR verweigert. Diese Haltung nehmen im Ostteil der Stadt immerhin knapp zweiundvierzig Prozent, im Westteil noch gut fünfundzwanzig Prozent ein.

„Pluspunkte“ für die SED

Neben der vergleichenden Bewertung von alter Bundesrepublik und DDR wurde mittels verschiedener Teilskalen das konkrete Urteil über verschiedene Dimensionen der DDR abgefragt. Mit jeweils drei oder vier Aussagen sollte der Blick auf Politik und Gesellschaft der DDR erforscht werden. Gefragt wurde nach der Einschätzung von Sozial- und Wirtschaftspolitik, von Schule und Alltag, Jugend und Familie sowie nach Außenpolitik und generell nach dem Charakter der Diktatur und der Repression. Die DDR punktet insbesondere bei der Sozialpolitik und – etwas abgeschwächt – bei der Wirtschaftspolitik. Knapp drei Viertel der Schüler – im Ostteil sogar knapp fünfundachtzig Prozent – haben ein positives oder unentschiedenes Bild von der DDR-Sozialpolitik. Selbst in West-Berlin schließen sich diesem mehr oder weniger ausgeprägten Lob für den SED-Staat knapp zwei Drittel der Befragten an. So stimmen zum Beispiel mehr als drei Viertel der Ost-Berliner Schüler dem Statement zu, dass es gut sei, wenn der Staat die Löhne bestimme, auch wenn der Wohlstand für alle geringer ausfalle. Selbst im Westteil freundet sich hiermit knapp jeder Zweite an. Strikte Ablehnung bekundet nur jeder Fünfte im Westen und jeder Zwanzigste im Osten. Großen Zuspruch erhält auch

die Aussage, die Wirtschaft könne nur gut funktionieren, wenn der Staat alles plane und lenke. Das lehnt nicht einmal jeder zweite Schüler ab. Die hohe Anspruchshaltung der Schüler gegenüber dem Staat zieht sich wie ein roter Faden durch ihre Antworten, nicht nur in Ost-Berlin, aber dort besonders ausgeprägt. Selbst eine Einschränkung individueller Freiheiten lehnt nur jeder dritte Ost-Berliner Schüler ab, wenn sich der Staat wie in der DDR um alle Bürger kümmert. Unter West-Berliner Schülern verneint auch nur eine knappe absolute Mehrheit diese Vorstellung.

Ein etwas anderes, aber immer noch gespaltenes Bild ergeben die Ergebnisse zum Komplex „Schule und Alltag“. Eine knappe absolute Mehrheit spricht sich gegen die Gestaltung von Schule und Alltag in der DDR aus. Etwa dreimal so viele Ost- wie West-Berliner präferieren aber im Nachhinein das DDR-Modell. Die vergleichsweise immer noch leicht positive Beurteilung durch viele Schüler verdankt die DDR der falschen Annahme, das Schulsystem in der DDR sei durchlässiger als das in der Bundesrepublik gewesen und es hätten dort mehr Schüler Abitur machen und studieren können. Woher die Annahme stammt, konnte auch durch die Gespräche nicht endgültig geklärt werden. Einige Schüler hatten gehört, in der DDR seien Arbeiterkinder besonders gefördert worden. Hieraus schlussfolgerten sie anscheinend auf einen höheren Anteil an Abiturienten und Studierenden. Die Tatsache, dass in den Achtzigerjahren der Anteil der Arbeiterkinder unter Abiturienten der DDR niedriger war als in der Bundesrepublik und die Quote der Studierenden ebenfalls deutlich geringer ausfiel, war nahezu allen Schülern unbekannt.

Demokratie gleich Diktatur?

Viele Ost-Berliner Schüler sind nicht in der Lage, eine klare Trennlinie zwischen

Demokratie und Diktatur zu ziehen. So verneint nicht einmal jeder zweite Ost-Berliner Schüler die Aussage, die DDR sei keine Diktatur gewesen, sondern die Menschen hätten sich nur wie überall anpassen müssen. Im Westen widersprechen immerhin über sechzig Prozent dieser Behauptung. Noch erschreckender fallen die Antworten zur Legitimation der DDR-Regierung durch demokratische Wahlen aus. Zwar stimmt nur eine Minderheit zu, aber viele können diese Frage nicht beantworten, sodass unter dem Strich nur jeder zweite West-Berliner Schüler und nicht einmal vierzig Prozent der Ost-Berliner Schüler eindeutig eine fehlende Legitimation feststellen. Selbst ehemalige Stasi-Mitarbeiter dürfen sich über ein Ergebnis freuen: Knapp vierzig Prozent im Osten und immerhin noch knapp jeder Vierte im Westen hält das MfS für einen Geheimdienst, wie ihn jeder Staat hat.

Je älter, desto kritischer

In der Gesamtwertung der DDR ergibt sich kein eindeutiges Bild: Neben einer knappen absoluten Mehrheit der Schüler, unter ihnen überdurchschnittlich viele West-Berliner und ausländische Schüler sowie Gymnasiasten, sehen wir eine andere knappe Hälfte, darunter viele Ost-Berliner, Gesamtschüler und deutschstämmige Zuwanderer, die sich mehrheitlich nicht auf ein Urteil festlegen wollen. Eine absolute Mehrheit in diesen Gruppen weist ein neutrales Bild des SED-Staates auf, das gleichermaßen von positiven und negativen Urteilen bei bestimmten Aspekten geprägt ist. Ein eher kritisches Bild des SED-Staates haben Jugendliche, die angeben, viel über die DDR zu wissen, und die in der Familie und im Freundeskreis des Öfteren über sie sprechen. Die politische Einstellung hat erstaunlicherweise wenig Einfluss auf die jeweilige Sicht der DDR. Die Parteipräferenz dagegen wirkt sich stärker aus, wo-

bei auf der DDR-kritischen Seite vor allem die Sympathisanten der Bündnis-Grünen und auf der der DDR eher zugelegten die Anhänger von PDS und NPD stehen.

Neben den bildungs- und herkunftsspezifischen Unterschieden gibt es auch geschlechts- und altersspezifische. Mädchen neigen häufiger zu einer neutralen Haltung, ältere Schüler sind dagegen deutlich kritischer und entscheidungsfreudiger eingestellt als jüngere. Geradezu eklatant ist die Differenz im Urteil zwischen Gymnasiasten und Gesamtschülern. Während unter Letzteren nicht einmal vierzig Prozent den SED-Staat im Gesamturteil negativ sehen, liegt der diesbezügliche Anteil unter Gymnasiasten bei fast zwei Dritteln. Der weitgehenden Unterstützung des politischen und gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik durch West-Berliner und ausländische Schüler bei gleichzeitiger Ablehnung der meisten Charakteristika der DDR steht eine eher distanzierte Haltung der Ost-Berliner Schüler dem vereinten Deutschland gegenüber bei einem gleichzeitig milden Blick auf die DDR. Weiterhin werden auch bei jüngeren Generationen Bundesrepublik und DDR als Alternativen betrachtet, sodass ein positives Bild der Bundesrepublik zumeist mit einem negativen der DDR korrespondiert und umgekehrt. Das Bild der Schüler über das geteilte Deutschland gründet weniger auf Wissen denn auf Vermutungen und Vorurteile. Die unterschiedlichen Milieus wirken in Schule, Familie und Freundeskreis anscheinend stärker als erwartet nach. Ein Annäherungsprozess bei den Geschichtsbildern ist noch nicht zu beobachten.

Wer kennt Adenauer?

Der von uns vermutete geringe Kenntnisgrad über die DDR hat sich größtenteils bestätigt: Von den acht Wissensfragen, die wir den Schülern gestellt haben, wur-

den nur wenige von einer Mehrheit aller Schüler richtig beantwortet. Auch bei diesem Fragebogenkomplex erweist sich die Herkunft der Schüler – West- oder Ost-Berlin oder Ausland – als ausschlaggebend für ihre Antworten. Die Frage nach der höheren Lebenserwartung zum Beispiel beantworteten knapp einundsechzig Prozent der West-Berliner, aber nur knapp achtunddreißig Prozent der Ost-Berliner Schüler richtig. Gleiches gilt für die Todesstrafe, die eine Mehrheit fälschlicherweise keinem der beiden deutschen Teilstaaten zutraut. Nur siebzehn Prozent im Osten und sechszwanzig Prozent im Westen geben mit „DDR“ die richtige Antwort an. Die meisten Lehrer wussten hierüber ebenfalls nicht Bescheid. Einige Ost-Berliner unter ihnen wollten es selbst nach unserer Erläuterung nicht glauben. Bei der Frage nach der saubereren Umwelt erhalten wir ein gespiegeltes Ost-West-Bild. Die West-Berliner Schüler halten zu Recht die Umweltpolitik der Bundesrepublik mehrheitlich für besser, die Ost-Berliner fälschlicherweise die der DDR. Überraschenderweise liegt in der Gesamtauswertung die DDR knapp vor der Bundesrepublik, das heißt, einer der europaweit führenden Umweltverschmutzer wird von einer relativen Mehrheit der befragten Berliner Schüler als dem Kontrahenten überlegener Staat eingestuft. Bei den Gesprächen fiel das Votum für die DDR noch größer aus. Viele Schüler gaben als Begründung an, in der DDR habe es weniger Industrie und Autos und einen kontrollierenden Staat gegeben, der der Wirtschaft Auflagen habe erteilen können. Dass der Staat beziehungsweise die SED gerade das Gegenteil veranlasst hat, um die Wirtschaftskraft zu steigern, war den Schülern nicht bekannt.

Die falsche Einschätzung einer relativen Mehrheit der Schüler, in der DDR hätten alle das gleiche Einkommen und Vermögen gehabt, ist angesichts der Tat-

sache, dass diese falsche Behauptung in der öffentlichen Debatte immer wieder vorgebracht wird, vielleicht noch nachvollziehbar. Problematisch, um nicht zu sagen erschreckender, erscheint aber, dass über vierzig Prozent der befragten Berliner Schüler – mehr als die Hälfte der Gesamtschüler – nicht einmal wissen, in welchem Jahr die Berliner Mauer gebaut wurde und nur ein gutes Drittel die DDR als ihren Urheber identifizieren kann. Sie wird von vielen Schülern nur in Verbindung mit dem Kalten Krieg gesehen, ohne dass die Verantwortlichen bekannt wären. Während Konrad Adenauer, Willy Brandt, Erich Honecker und Helmut Kohl wenigstens eine absolute Mehrheit in den richtigen Staat verortet, sind andere Staatsmänner vielen unbekannt. Ludwig Erhard zum Beispiel kennt nur ein gutes Viertel der befragten Schüler als bundesdeutschen Politiker, und selbst Helmut Schmidt, der bis zum heutigen Tag an öffentlichen Debatten teilnimmt, wird von nicht einmal jedem zweiten befragten Schüler als Politiker der Bundesrepublik richtig eingeordnet. Eine beträchtliche Minderheit verlegt vor allem westdeutsche Staatsmänner in den Osten. So hält fast jeder dritte Befragte, im Ostteil deutlich mehr als im Westteil, Konrad Adenauer für einen DDR-Politiker, und selbst der ehemalige Regierende Bürgermeister und erste sozialdemokratische Kanzler Willy Brandt wird von knapp jedem Fünften im Westteil und mehr als jedem Dritten im Ostteil in die DDR gebeamt.

Mangelhaftes Wissen

Für sich genommen, das heißt ohne die vergleichende Auswertung der Befragungen in anderen Bundesländern, lässt sich das zentrale Ergebnis für Berlin zugespitzt wie folgt zusammenfassen: Viele Schüler wissen nur wenig über die DDR

und die deutsche Teilungsgeschichte, da sie in der Schule anscheinend nur am Rande behandelt wird und im Freundes- und Familienkreis nicht gerade häufig Gesprächsthema ist. Die Beurteilung der DDR durch die Schüler erfolgt insofern eher assoziativ, wobei vor allem Ost-Berliner Schüler, die bei den von uns abgefragten Themen über noch weniger Kenntnisse als West-Berliner verfügen, zu einer Ausblendung negativer Dimensionen der DDR neigen. Sie heben insbesondere die positive soziale Dimension der DDR hervor und favorisieren generell einen Staat, der die Wirtschaft umfassend lenkt. Zwar steht eine Mehrheit der befragten Schüler hinter dem freiheitlich-demokratischen und pluralen System der Bundesrepublik, aber im Osten und unter den deutschstämmigen zugewanderten Schülern sind es nicht einmal die Hälfte, die ein eindeutiges Votum gegen die DDR und für die Bundesrepublik abgeben. Wenige Schüler haben ein durchgängig positives DDR-Bild, eine knappe absolute Mehrheit ein eher negatives, aber sehr viele Schüler sind in ihrem Urteil nicht festgelegt, sehen positive wie negative Aspekte der DDR. Die Trennlinien zwischen Demokratie und Diktatur sind vielen Schülern überhaupt nicht bekannt. In dem Maße aber, wie konkretes Wissen über die DDR vorhanden ist, steigt auch der Anteil derer, die diese Diktatur nachdrücklich ablehnen. Neben alters- und geschlechtsspezifischen Bewertungsdifferenzen springen vor allem die Unterschiede zwischen Ost und West sowie zwischen Gymnasiasten und Gesamtschülern ins Auge. Unter vielen Ost-Berliner Schülern lebt die alte, im Nachhinein idealisierte und auf ihre sozialen Aspekte reduzierte DDR fort, im Westteil wird dieser Staat von einer breiten Mehrheit vor allem als Diktatur mit sozialem Anstrich gesehen.